

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

4.12.1929 (No. 283)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Klenz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,15 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Austritte bei den Deutschnationalen

Auch Minister a. D. Reubell

RDJ. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Lejeune-Jung erklärt zu seinem Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei: „Trotz der Ergebnisse, die sich im letzten Jahre in der Deutschnationalen Volkspartei, insbesondere in der Konfessionsfrage, abgespielt, habe ich es bisher für meine Pflicht gehalten, im Interesse der vaterländischen Sache in der Partei auszuhalten, in der Hoffnung, neue Möglichkeiten für ein überzeugtes und freudiges Mitarbeiten auch für die katholischen Mitglieder der Partei wieder zu schaffen. Hierzu veranlaßte mich nicht zum wenigsten auch die durch langjährige Arbeit in der Partei unter der Führung von Herrgott und Graf Westarp nur gestärkte Überzeugung, daß zwischen dem positiv-evangelischen und dem katholischen Volksteil eine schicksalsbestimmte Abwehr- und Angriffsgemeinschaft gegenüber dem geschehenden Zeitgeist besteht. Heute habe ich die schmerzliche Gewißheit, daß sich diese Schicksalsgemeinschaft, das sich überhaupt christlich-konfessionelle Weltanschauung unter dem jetzigen Parteivorstand in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr in der erforderlichen Freiheit auswirken kann. Aus diesen Gründen habe ich mich mit dem Reichstagsabgeordneten Treviranus solidarisch erklärt, und meinen Austritt aus der Partei und der Fraktion vollzogen.“

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Lindener-Wildau hat heute vormittag in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden, Grafen Westarp, gleichfalls seinen Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt. Entsprechende Schritte der Partei gegenüber behält er sich vor, nachdem er sich mit seinem Wahlkreis in Verbindung gesetzt hat. Die Wahlkreisleitung Helsen-Krauß ist sofort vom Abgeordneten von Lindener-Wildau um die Einberufung einer Vertrauensmännerversammlung ersucht worden.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönungen hat folgenden Brief an den Fraktionsvorsitzenden, Graf Westarp, geschrieben:

„Hochverehreter Herr Graf! Nachdem die Entwicklung der Deutschnationalen Partei in den letzten Monaten einen Weg genommen hat, von dem ich nicht glauben kann, daß er uns unseren nationalen Zielen näher führt, und nachdem ich die Überzeugung gewinnen mußte, daß auf diese Weise meinem am sein Leben kämpfenden landwirtschaftlichen Berufsstande, ohne dessen Rettung es keinen deutschen Wiederaufbau gibt, keine wirklich praktische, schnelle Hilfe geleistet werden kann, scheidet ich hiermit aus der Fraktion aus. In unveränderter persönlicher Verehrung Ihre sehr ergebener ...“

Der Abg. Treviranus begründet seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei in einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden, Grafen Westarp, in welchem er dankbar anerkennt, daß die Reichstagsfraktion unter erschwerten Umständen versucht habe, ihm ein Verbleiben in der Partei und in der Fraktion zu ermöglichen. Der Parteivorstand habe jedoch den Entschluß zu einer Klärung nicht gefunden, damit seien für ihn, Treviranus, die sachlichen und menschlichen Voraussetzungen für seine weitere Mitarbeit unter der heutigen Leitung der Partei fortgefallen.

Wie wir erfahren, hat auch der frühere Reichsinnenminister und deutschnationale Abgeordnete von Reubell in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden seinen Austritt erklärt.

Im Reichstag fand im Laufe des heutigen Vormittags eine Besprechung von Deutschnationalen und ausgeschiedenen Abgeordneten statt, an der u. a. teilnahmen die Abgeordneten Dr. Klönne, Dr. von Bergander, Schlange-Schönungen, von Lindener-Wildau, Behrens, Dr. Mumm, Fromm, Dr. Straßmann, Leopold, Dr. Rademacher, Schiele, der frühere Minister Koch und einige deutschnationale Landtagsabgeordnete, darunter der Abgeordnete Rippel.

RDJ. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Köhler, Mumm und Behrens sind gleichfalls aus der Fraktion ausgetreten.

### Änderung der Reichstagsgeschäftsordnung?

Innerhalb des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstags sind, wie der „Dem. Zeitungsd.“ mitteilt, Erörterungen im Gange, die eine Änderung oder eine Interpretation der Geschäftsordnung des Reichstags über einzelne strittige Punkte zum Ziele hat. Dabei handelt es sich im besonderen um die Frage der Abstimmungen der Vertrauens-, Billigungs- oder Mißtrauensvoten. Bei diesen Erörterungen soll geklärt werden, welches Votum den Vorrang in der Abstimmung hat, das Billigungs- oder das Vertrauensvotum. Bei den bisherigen Verhandlungen ist vorgeschlagen worden, daß die Mehrheit darüber beschließen soll, welcher Antrag zuerst zur Abstimmung gelangen soll. Es ist weiter vorgeschlagen worden, denjenigen Antrag zuerst zur Abstimmung zu bringen, der die größte Zahl der Unterschriften aufweist.

Schließlich ist noch erörtert worden, die Zahl der Unterschriften für ein Mißtrauensvotum dergestalt zu erhöhen, daß nicht, wie bisher, 15 Abgeordnete ein Mißtrauensvotum einbringen können, sondern daß dafür 50 Unterschriften beigebracht werden müssen.

Länderkonferenz verlagt. Infolge Erkrankung einiger Mitglieder der Länderkonferenz hat der Reichsminister des Innern die auf den kommenden Samstag anberaumte Sitzung der vereinigten Unterausschüsse der Konferenz verlagt.

Die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg. Der Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1929 bis Ende Oktober 1929 zeigt im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 10 800 000, im außerordentlichen Haushalt eine solche von 1 141 000 RM.

### Letzte Nachrichten

#### Die Forderungen der Saarbevölkerung für ungeschmälerte Rückkehr zum Reich

RDJ. Saarbrücken, 4. Dez. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Landesrates gab der Zentrumsvizepräsident Lebacher für alle Parteien, mit Ausnahme der beiden kommunistischen, eine Erklärung ab, in der der Beginn der Saarverhandlungen begrüßt und die dringende Erwartung ausgedrückt wird, daß diese Verhandlungen, dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechend, bald zu einem positiven Ergebnis führen werden. Die Erklärung faßt nochmals die Hauptforderungen der Bevölkerung des Saargebietes in unabweisbarer Form zusammen:

1. Das ganze Saargebiet muß ohne jede Schmälderung zurück zum Deutschen Reich.
2. Alle Gruben und Kohlenvorkommen müssen dem preussischen und dem bayerischen Staat zurückgegeben werden.
3. Eine Beteiligung inländischer oder ausländischer Privatkapitals an den Gruben des Saargebietes muß ausgeschlossen bleiben.
4. Die Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Esch-Löhringen müssen zurück in den Besitz des Deutschen Reiches.

Der Landesrat fordert, daß die Rückgabebedingungen so gestaltet werden, daß sowohl die Lebenssicherung der Gruben und der übrigen Wirtschaft wie auch die der ganzen Saarbevölkerung vollauf gewahrt wird. Der einmütige Wille der ganzen Saarbevölkerung ist jetzt, daß nur gemäß diesen Forderungen die frühere Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich erfolgen darf.

Die beiden kommunistischen Parteien gaben ebenfalls eine Erklärung ab, wobei bemerkenswert ist, daß die der kommunistischen Opposition auch mit den Worten beginnt, daß das Saargebiet ungeschmälert zum Deutschen Reich zurück muß.

#### Der Ladenschluß am Weihnachtsabend

RDJ. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Nach einem Beschluß des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten dürfen am Heiligen Abend offene Verkaufsstellen nur bis 5 Uhr, Lebensmittelgeschäfte und Blumengeschäfte sowie Genussmittelgeschäfte bis 6 Uhr geöffnet sein.

Die Annahme des Gesetzesentwurfs erfolgte mit 18 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Gegen das Gesetz stimmten einige Mitglieder der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie die Vertreter der Wirtschaftspartei. Der Stimme enthielt sich ein Mitglied des Zentrums.

Außerdem wurde eine Entschließung des Abg. Mumm angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich ihre Verwaltungen anzuweisen, etwaige Lohnzahlungen und Ausschüttungen anlässlich des Weihnachtsfestes nicht am 24. Dezember, sondern an den vorhergehenden Tagen vorzunehmen. Auch möge die Reichsregierung in diesem Sinn auf die Länderregierungen einwirken.

#### Der Vorschlag bei der Internationalen Bank

RDJ. New York, 4. Dez. (Tel.) Jackson Reynolds, der mit dem Dampfer „Isle de France“ hier eintraf, erklärte die Gründe für unzutreffend, wonach er Vorsitzender der Internationalen Bank werde, falls dies gegrandet würde. Er fügte hinzu, er werde die Annahme des Vorschlages ablehnen, wenn er ihm, was bisher nicht der Fall gewesen sei, angeboten würde.

#### Die Einteilung des Schuljahres

Zahlreiche Erörterungen in der Presse haben sich in den letzten Monaten mit der Einteilung des Schuljahres und der Ferienordnung für die Schulen beschäftigt. Da die derzeitige Regelung des Schulbeginns auf Vereinbarungen der Unterrichtsverwaltungen beruht, die in den Jahren 1921 und 1922 unter der Führung des Reichsministeriums des Innern abgeschlossen wurden, hat der Reichsminister des Innern in der letzten Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtsverfahren die genannten Fragen zur Sprache gebracht. Im Anschluß daran hat er nunmehr in einem eingehenden Schreiben an die Unterrichtsverwaltungen eine Reihe von Gesichtspunkten hervorgehoben, die bei der Festlegung der Ferien und des Schuljahresbeginns Beachtung verdienen und die Absicht ausgesprochen, den ganzen Fragekreis nach der erforderlichen Vorbereitung in einer Sitzung des Ausschusses für das Unterrichtsverfahren zur Erörterung zu stellen, damit bei einer etwaigen Neuordnung die notwendige Einseitigkeit für das ganze Reichsgebiet gewahrt bleibt.

Die deutschstämmigen Flüchtlinge aus Rußland. Im ganzen sind jetzt in Deutschland 1331 deutschstämmige russische Kolonisten, davon 823 in Hamburg, die anderen teils noch in Eshkolunen, teils schon in Hammerstein. Das Lager in Hammerstein wird für alle Transporte nicht ausreichen, da insgesamt etwa 5000 Personen zu erwarten sind. Man wird gezwungen sein, dann nach Molln und Prenzlau hinzuzuziehen. Ministerkonferenz beim Reichsernährungsminister. In den nächsten Tagen findet beim Reichsernährungsminister Dietrich eine Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder statt. Zur Beratung steht die neue Zollvorlage, sowie neben Steuer- und Kreditfragen die Erörterung der Produktions- und Abfallprobleme.

### \* Die Krisis in der Deutschnationalen Volkspartei

Im politischen Leben ist es halt so, daß der Erfolg das letzte und wichtigste Urteil über die Güte einer Unternehmung ausspricht. Es wäre ja auch sehr schwer, schon vorher ein solches Urteil zu bilden, da erstens in allen politischen Dingen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit irgendwie auseinandergehen, und weil Politik nun einmal eine Tätigkeit im Dienst ganz bestimmter Zweckideen ist. Es muß also die Frage, ob der Zweck erreicht wurde oder nicht, ausschlaggebend für die Beurteilung der Politik selbst sein.

Ein Alexander, der in Persien dem Ansturm der Kriegerscharen des Großkönigs erliegt, ist bestenfalls ein interessanter Abenteuerer. Der Alexander, der das Perserreich zerstörte und ein eigenes Weltreich begründete, empfindet die Weisheit des Großen. Unter Umständen kann natürlich auch ehrenvolles Unterliegen ruhmvoll sein, nämlich dann, wenn von vornherein die Machtverhältnisse dem Unterliegenden kaum noch eine Chance lassen und er dennoch für eine große Idee den Verzweiflungskampf wagt. So zählen Hannibal, Vercingetorix und Teja mit Recht zu den Heldengestalten der Weltgeschichte. Aber, wie gesagt, das sind Ausnahmen. Überall dort, wo planmäßig und mit Proklamation der Zukunft eine große Angriffssaktion eingeleitet wird, da muß der Erfolg dem Führer recht geben, oder der Führer bleibt mit seiner Autorität auf der Strecke.

Würde die Deutschnationale Volkspartei ihre Politik auf der Linie positiver Mitarbeit am Staate weiterhin durchgehalten haben, dann würde man etwaige Rückschläge und Mißerfolge als etwas zu beurteilen haben, was nun einmal von einer verantwortungsbewußten Partei hinzunehmen ist, was ihr aber gewiß nicht zu dauerndem Schaden gereichen kann. Zumal dann nicht, wenn es gelingt, die Absichten der Partei (positive Mitarbeit am Staate) klar und eindeutig herauszuarbeiten. Eine Partei wie die Deutschnationale Volkspartei kann eben ihrer ganzen Struktur und ihrer ganzen Vergangenheit nach immer nur eine Partei der Staatsverwaltung sein. Sie wird sich einer Krisis aussetzen, sowie sie dauernd oder in überhöhter Form aggressive Oppositionspolitik betreibt. Höchstens dann, wenn die übrigen am Staate interessierten Parteien die Deutschnationalen geflissentlich und grundsätzlich von der Mitarbeit ausschließen wollten, könnte eine solche Politik der Regierung einigermaßen berechtigt erscheinen.

Als Hugenberg die Führung der Deutschnationalen Volkspartei übernahm, hat er ganz unzweideutig erkennen lassen, daß er der Diktator sein wolle, und daß er seinen ganzen Einfluß für eine Politik der Opposition und der Regierung des heutigen Staates einzusetzen gedente. Er ging von Anfang an auf der ganzen Linie zum Angriff über. Und der Erfolg? Eine Erschwerung unserer Außenpolitik, eine Vergrößerung der innerpolitischen Gegensätze und ein Trümmerhaufen in seiner Partei selbst! Das spricht nicht für die Strategie des Herrn Hugenberg. Seine Offensive hat ihr Ziel nicht erreicht. Dem heutigen Staat hat sie ernstlich keinen Abbruch getan. Aber das Angriffsheer selbst befindet sich in Unordnung und Zerrüttung. Wann wird Hugenberg den Rückzugsbefehl geben? Oder wird man ihn zuvor seiner diktatorischen Gewalt entkleiden müssen?

Wenn rücksichtslose Entschlossenheit und engstirniger Eigensinn allein die politischen Erfolge garantieren könnten, dann würde Herr Hugenberg jetzt besser dastehen. Faktisch hat er mit seiner Hartnäckigkeit seine eigene Partei auseinandergeprengt und damit dem Nationalsozialismus in die Hände gearbeitet. Die drei Reichstagsabgeordneten, gegen die auf Hugenbergs Befehl das Ausschlußverfahren eingeleitet worden war, die Abg. Lambach, Hülfner und Hartwig, haben dies Verfahren erst gar nicht abgewartet, sondern sind aus der Partei und der Fraktion ausgetreten. Und ihnen sind a tempo die Abg. Klönne, Lejeune-Jung und Treviranus gefolgt. Man spricht aber davon, daß noch eine ganze Reihe anderer Abgeordneter aus der Partei auscheiden wird. Geplant sei die Bildung einer besonderen Fraktion im Reichstag mit dem Namen „Christlichsoziale Volkspartei“. Sie werde etwa 18 Abgeordnete umfassen. Die Vorgänge würden, wie es heißt, auch auf die preussische Landtagsfraktion zurückwirken; auch dort sei mit dem Austritt mehrerer Abgeordneter zu rechnen.

Bisher hat also Herr Eugen Berg rund das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte. Seine eigene Partei schmilzt immer mehr zusammen, neue Parteien der Rechten bilden sich neben ihm, und die Konkurrenzpartei zur Rechten, der Nationalsozialismus, vergrößert seinen Bestand zusehends auf Kosten der Deutschnationalen.

Die Geschlossenheit der deutschnationalen Kampfpartei unter Eugenbergs Führung wird nun allerdings wohl gewährleistet sein. Aber was will er mit dieser ziffermäßig und moralisch geschwächten Partei anfangen? Ihm wird schließlich nichts anderes übrigbleiben, als sich ins Gefolge der Nationalsozialisten zu begeben. Vorausgesetzt, daß seine Mannen eine solche Politik der vollkommenen Selbstzerfleischung mitmachen. Parteipolitisch gesehen, ist jedenfalls heute schon derjenige, der die innigste Freude an der ganzen Entwicklung haben kann, Herr Hitler.

### Die Sklarek-Untersuchung

**Schwere Beschuldigungen gegen den Oberbürgermeister**  
Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags in der Sklarek-Affäre vernahm am Dienstag den Direktor Novarra, der früherer Leiter der Kleidervertriebsgesellschaft war. Novarra richtete schwere Angriffe gegen den Oberbürgermeister Boeck.

Er sagte aus, daß Boeck, als er noch Kammerer war, ihn dazu angestiftet habe, ihm Stoffe für Privatwäcker zu einem ungewöhnlich billigen Preise zu liefern. Boeck habe von ihm Stoffe für 1 M. pro Meter verlangt, die 5 M. pro Meter kosteten. 1 M. wäre genug, 5 M. könne er nicht bezahlen. Tatsächlich habe er Boeck 60 Meter geliefert, den Meter zu 1 M. Das konnte er nur in der Weise schaffen, daß er einen Lieferanten, dem er 1000 Meter zu 5 M. das Meter abnahm, verpflichtete, ihm 80 Meter zu 1 M. das Meter zu liefern. Wegen dieser Affäre sei er im Jahre 1922 denunziert und auch von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. Die Vernehmung habe jedoch keine Unschuld ergeben.

Oberbürgermeister Boeck erklärte dazu, er könne sich an einzelne Käufe aus dem Jahre 1922 heute nicht mehr erinnern, er bestreite aber jedenfalls, irgend jemand veranlaßt zu haben, ihm Ware unter Preis zu überlassen. Von einer erfolgten Staatsanwaltschaftlichen Untersuchung sei ihm nichts bekannt. Auch dem Magistrat sei von solcher Untersuchung nichts bekannt.

W.D. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Die Verhandlungen des Sklarek-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtags, der für halb 4 Uhr nachm. den Oberbürgermeister Boeck vorgeladen hat u. vorher auch Direktor Wolat vernommen will, begeben heute besonderem Interesse. Die Publikumsplätze mußten vermehrt werden. Zunächst wurde jedoch dann der sozialdemokratische Abgeordnete Reinert vernommen zu der getrigen Behauptung Novarras, Reinert habe als Oberbürgermeister von Hannover Waren von der W.A.G. bezogen und auch unferische Vertreter des Vaterlandsbundes an die W.A.G. empfohlen. Abg. Reinert (Soz.) erklärte hierzu: Ich kenne Novarra überhaupt nicht und muß sagen, daß es absolut unwahr ist, daß ich mit ihm wegen Lieferungen für Hannover gesprochen hätte.

Auf Grund der Mitteilungen des Staatsanwaltschaftsrats Weihenberg vor dem Untersuchungsausschuß über Bürgermeister Khl, Käpenit, haben lt. „Vorwärts“ der sozialdemokratische Bezirksvorstand und die Kreisleiter Kohl einstimmig aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Dr. Scholz Parteivorsitzender der Deutschen Volkspartei. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der aus den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Wahlkreisverbände und zahlreichen Abgeordneten des Reichstages und des Landtages besteht, hat sich am Montag mit der Neuwahl des Parteivorstandes beschäftigt. Der Reichsausschuß und danach auch der Parteivorstand haben sich dafür entschieden, den Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz zum Parteivorsitzenden vorzuschlagen. Die Wahl soll am 14. Dezember in einer Sitzung des Zentralvorstandes vollzogen werden.

### Badisches Landestheater

#### Tristan und Isolde

(Zwei Gastspiele)

Ein Abend, der in manchem — und nicht zuletzt in der exquisiten Zusammenfassung seines Publikums — an den Hochstand früherer Wagner-Aufführungen erinnerte. Vorab erstand auf der Bühne ein ganz großer erster Akt, eine Exposition voll innerer Spannung, aber auch dem Liebeshand waren noch ungerührte Wirkung und fast unnahelbare Eindringlichkeit gegeben. Das erreichte Nanny Larsen-Todsen mit ihrer von überkommenen Werturteilen erfreulich unabhängigen, doch trotzdem sehr „femininen“ Darstellung der Isolde, die also keine Wiederholung des althergebrachten Stiles war, und von der gleichwohl die heute so selten gewordene Macht einer geheimnisvoll statigen Kraft ausströmte. Zwar hat bei jeder Wagnerischen Frauengestalt eine Künstlerin gewisse ehrwürdige Fesseln zu tragen, aber gerade bei dieser Schwebin, der mit Recht so berühmten Embedung der letzten Wahrheit der Festspiele, zeigte sich doch deutlich, wieviel man an chemisch feiner Dosierung, an individuellem Sonderaufgebot und an feiner psychologischer Haltung selbst gegenüber den Regievorschriften, auf die immer eine einzelne Verkörperung genau angewiesen bleibt, noch hinzutun kann, um das nun einmal für eine wirklich große Persönlichkeit selbstverständliche Format zu füllen. Die dadurch erreichte Ertragssteigerung, die sich eben nirgends an der Grenze der Tradition stieß, so sehr diese respektiert wurde, war ungeheuer, und die Berührung mit solch hoher Darbietung läßt auch deshalb ein Gefühl tieferen Beglückung aus, weil man tatsächlich eine Künstlerkraft in ihrer reinsten, vollmenschlichen Offenbarung vor sich hatte.

Nun lebt allerdings die Seele einer Tristan-Aufführung in zweien, und nie wird der todestraurige, absolute Pessimismus dieses Musikdramas ganz ins Grobdämonische hineinwachsen, wenn nur der eine der beiden Hauptdarsteller, als Mittelpunkt des künstlerischen Interesses sozusagen, über allem schwebt. Das hatte anscheinend auch die Intendanz veranlaßt, noch einen anderen, schon seit langem glanzvoll platzierten Gast für diesen Abend zu verpflichten. Aber so betrachtet wird das Niveau stets noch einfaßchen, auf dem der Tristan Heinrich Klotz steht, der Unterschied gegenüber der Partie der Isolde, die vor allem so mühelos in unerhört stimmlichen Wohlklang getaucht ward, war zu gewaltig, um hier schon aus prinzipiellen Erwägungen heraus ganz unbesprochen bleiben zu können. Denn eigentlich hätte man sich zuvor sagen müssen, daß zumindest für die gewichtigeren und gewaltigeren Szenen dies ungleiche Paar niemals zu erwünschtester Einheit zusammenschmelzen war. Zugegeben auch,

### Aus dem Reichstag

#### Wieder beschlußunfähig — Schuldfilme — Beschuldigungen gegen die Großbanken

Im Reichstag wiederholte sich am Dienstag das beschämende Schauspiel eines Abbruchs der Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit. Diesmal war nicht einmal wie am Montag ein Obstruktionsmandat die Ursache. Bei der dritten Beratung des Auslieferungsgesetzes wurde beantragt, die einzige in der zweiten Lesung vorgenommene Änderung gegenüber der Ausschlußfassung wieder zu streichen, den auf kommunistischen Antrag eingefügten § 4 b, der eine Auslieferung für unzulässig erklärt, wenn die zu erwartende Strafe drei Monate Gefängnis nicht übersteigt. Für diesen § 4 b hatten am Montag die Deutschnationalen gestimmt und sie stimmten am Dienstag auch gegen seine Streichung. Die Auszählung im Sammelsprung ergab aber, daß ein Abgeordneter an der für die Beschlußfähigkeit erforderlichen Zahl von 247 anwesenden Abgeordneten fehlte. Die Sitzung mußte also geschlossen werden und die dritte Beratung des Auslieferungsgesetzes kann erst morgen vor sich gehen.

Ohne Debatte war vorher das Gesetz zur Verlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes zur Erleichterung von Betriebszusammenschlüssen in dritter Lesung angenommen.

In der zweiten Sitzung, die 5 Minuten nach dem Schluß der wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochenen ersten Sitzung eröffnet wurde, kam die Novelle zum Lichtspielgesetz zur ersten Beratung. Die Vorlage will den Begriff von „Schuldfilmen“ definieren und ein Verbot solcher Filme ermöglichen. In der Aussprache traten Redner der Deutschnationalen und der Deutschnationalen Volkspartei für Verschärfung der Zensurbestimmungen ein, während der Sozialdemokraten, Kommunisten und Wirtschaftspartei Erleichterungen im Interesse der Filmindustrie verlangt wurden. Der Zentrumsvertreter stellte sich im wesentlichen auf den Boden der Vorlage, die dann dem Ausschuß für Bildungsweisen überwiesen wurde.

Der Reichshaushaltsausschuß erstattete hierauf Bericht über die Regierungsbekanntmachung, die sich mit der Auflösung der Markanteihen beschäftigt. Er empfahl dazu Entschuldigungen, die Unterstufungen für solche bedürftigen Personen wünschenswert, deren Anträge auf Grund des Anleiheablosungsgesetzes abgelehnt werden müßten.

Der kommunistische Abg. Torgler richtete schwere Vorwürfe gegen die Reichsfinanzverwaltung, der er vorwarf, sie habe in der Denkschrift die Unwahrheit geschrieben und verschwiegen, daß die Finanzverwaltung riesige Schwindelbelegen der Großbanken gedeckt und dadurch zugunsten dieser Großbanken das Reich um Hunderte von Millionen geschädigt habe. Die Kommunisten beantragten Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über diese Dinge und strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen.

Um dem Finanzminister Gelegenheit zur Prüfung und Verantwortung der kommunistischen Anschuldigungen zu geben, wurde die Beratung auf später vertagt.

#### Heute Stahlhelm- und Beamteninterpellationen

Die Reichstags-Sitzung beginnt heute wieder um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzes „zum Schutze der Republik“ und zur Befriedigung des politischen Lebens“. Damit verbunden ist die Beratung einer ganzen Reihe von Interpellationen und Anträgen.

Die Deutschnationalen beschwerten sich in einer Interpellation über die Auflösung des Stahlhelms und des Bundes der Frontsoldaten in der Rheinprovinz und Westfalen und in einer anderen Interpellation über eine angebliche Verletzung des Rechtes der Beamten auf Entlohnung in die Listen zum Volksbegehren durch die preussischen Behörden. In einer dritten Interpellation fragen die Deutschnationalen, aus welchem Fonds die Reichsregierung die Kosten der Propaganda gegen das Volksbegehren bestritten habe und auf Grund welcher gesetzlicher Bestimmungen sie sich dazu berechtigt halte.

Ein kommunistischer Antrag schließlich fordert die Reichsregierung auf, das Verbot des Notenkampfbundes sofort aufzuheben. Ferner soll heute noch die gestern wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochene dritte Beratung des Auslieferungsgesetzes fortgesetzt werden.

Nach einer Meldung aus Port de France ist ein neuer, eine halbe Stunde dauernder Ausbruch des Vulkans Mont Pelé erfolgt.

### Die russisch-chinesischen Verhandlungen

#### Mukden und Nanjing

W.D. Nikolajewsk, 4. Dez. (Tel.) (Telgr.-Agent. der Sowjetunion.) Der Vertreter der Mukdener Regierung, Tsai, und der Agent des Außenkommissariats der Sowjetunion, Simanowski, haben gestern ein Protokoll unterzeichnet, in dem Tsai erklärt, daß die Mukdener Regierung den derzeitigen Verwaltungsvorsitzenden der Ostchinesischen Eisenbahn, Simanowski, nach der Absetzung Lius werde die Sowjetregierung bereit sein, an Stelle des Direktors der Ostchinesischen Eisenbahn, Gromschoff, und des stellvertretenden Direktors, Gismont, andere Kandidaturen aufzustellen.

Die Bedingungen Mukdens waren folgende: 1. Obwohl die chinesische Regierung mit der Wiederherstellung des status quo auf der Ostchinesischen Eisenbahn einverstanden ist, hält sie es für notwendig, von der Sowjetregierung die Garantie zu erhalten, daß die Eisenbahn nicht zu Zwecken der kommunistischen Propaganda benutzt werde; 2. da der entlassene russische Direktor und der ebenfalls entlassene russische Unterdirektor eine solche Propaganda leisteten, lehnt China ihre Wiederanstellung ab; China ist bereit, die Beamten, die den Konflikt herbeigeführt haben, zu entlassen; 3. die beiderseitigen Gefangenen sollen befreit werden; 4. die Truppen beider Parteien sollen bis zu einer bestimmten Entfernung von der Grenze zurückgezogen werden.

Dies sind zweifellos Sonderverhandlungen Mukdens, obwohl noch gestern die Mukdener Regierung erklärte, Moskau verhalte, Mukden zur Eröffnung von Sonderverhandlungen zu veranlassen. Die Mukdenerregierung handle jedoch lediglich nach den Weisungen aus Nanjing.

Moskauer Meldungen besagen, daß die Kapitulation vor der Sowjetunion einem Entschluß Mukdens zu verbannt ist, von dem Nanjing übertrumpft wurde. Nach Meinung der offiziellen „Iswestija“ hatte die Nanjingregierung einen Plan ausgearbeitet, der auf Herbeiführung einer Intervention der Mächte abzielte und durch die von Mukden plötzlich verkündete Bereitwilligkeit zur Annahme der Moskauer Bedingungen nun den Boden verloren habe, was zu „böhtiger Verwirrung“ in Nanjing zu führen scheint.

#### Die Sowjetregierung an Amerika

W.D. Moskau, 4. Dez. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Antwort der Sowjetregierung an Amerika betont, daß der Schritt der Vereinigten Staaten Amerikas nicht anders betrachtet werden könne, als ein völlig ungerechtfertigter Druck auf die Verhandlungen. Der Konflikt könne lediglich durch direkte Verhandlungen auf der Grundlage der von der Mukdenerregierung bereits angenommenen Bedingungen geregelt werden. Aufstand dulde von keiner Seite eine Einmischung.

W.D. London, 3. Dez. (Tel.) Neuer meldet aus Washington: Die Antwort der Sowjetregierung hat bei den maßgebenden Beamten des Staatsdepartements Erstaunen hervorgerufen. Man begreift nicht, wie in dem Schritt des Staatssekretärs Stimson etwas anderes als ein reiner Friedensschritt erblickt werden kann. Eine offizielle Erklärung ist bisher noch nicht abgegeben worden. Aber die Beamten treten mit Entschiedenheit für die Maßnahme des Staatssekretärs ein. Die Behauptung, daß es sich um einen nicht zu rechtsfertigen Druck handle, wird allgemein für unrichtig erklärt.

#### Meuterei in Putau

W.D. London, 4. Dez. Die Meuterei aus Putau meldet, haben dort zwei Divisionen der Nanjingregierung gemeutert. Die Meuterer entwarfen die treugebliebenen Truppen, plünderten Läden und beschlagnahmten das rollende Material. Sie marschieren jetzt nordwärts und plündern unterwegs.

Eine Ministerkonferenz der nordwestdeutschen Länder findet am 6. Dezember in Schwerin (Weddendorf) statt. An dieser Konferenz werden auch die Hanjastädte teilnehmen. Sie wird sich mit dem Problem der staatlichen Umgruppierung im allgemeinen und in Nordwestdeutschland im besonderen befassen. Man will dabei die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses der kleineren Länder an Preußen, aber auch die Bildung eines neuen Landes, das aus den nordwestdeutschen kleinen Ländern unter Führung von Hamburg stehen würde, besprechen.

im Anfang war man einigermaßen angenehm enttäuscht, so lange Klotz bekannt gesunde Naturwüchsigkeit vorhielt. Aber je mehr er mit wohlverteilten Gefühlsausbrüchen aufwarten mußte und zu allzu konventionellen Darstellungsrezepten griff, je öfter auch nicht bloß eine schaupielerische Hemmung durch veraltete Tradition vormalte, sondern seiner an sich so robusten Art des Sings merkwürdig stimmliche Schranken auferlegt wurden, desto wirkungsloser prallte das meiste am Hörer ab. Namentlich der dritte Akt, sonst so ergreifend und erschütternd, erregte mit einigen gemaltam hinaufgepreßten Tönen und mit seiner durdgängigen Außerlichkeit — nie wußte man, ob nun der Sänger auf Kosten des Gestalters oder der Gestalter auf Kosten des Sängers in den Vordergrund treten wollte — unser starkes Versehen und begründete voll auf unsere Einwendungen gerade gegen die Wahl dieses Solisten bei solch ungewöhnlicher Gelegenheit.

An der Gesamtheit der übrigen aus unserem Ensemble mitwirkenden Sänger u. Sängerinnen fiel dagegen sehr vorteilhaft ihre völlige Hingabe an die Sache, das reiflose Aufgehen in der zugeordneten Rolle, auf. Da ist wiederum die sehr ausdrucksstarke Wangäne von Magda Strad zu nennen, dann die stets gereifte Kunst Josef Müllers, der seinen Kurvenal jetzt zu einer intelligent geschlossenen Leistung gemacht hat. Als Dritten im Bunde darf man Adolf Schöpslin anführen, der ebenso anerkanntenswert im Gesanglichen wie lebendig im Spiel den König Marke schuf, und schließlich noch Carsten Derner (Melot) lobend anführen. Generalmusikdirektor Josef Kripp, der am Pult saß, verbürgte größtmögliche Sicherheit der Aufführung und alle nach kurzer Verständigung (auch mit dem Orchester) erreichbare Schönheit und Etufung des Klanglichen. Der Abend, der sich übrigens weit in die fünfte Stunde hinzog, schloß mit lebhaften Ehrungen; insbesondere wurde natürlich die einzigartige Kunst Nanny Larsen-Todsens gefeiert, außer einem hümmigen Sonderbeifall, wie er so seltenes selten unser Haus durchbraute, gab es auch Blumenspenden für sie. S. Sch.

#### Badische Biographien

Das unter diesem Titel von Friedrich von Weech begründete, später gemeinsam mit Albert Krieger herausgegebene und von der Badischen Historischen Kommission übernommene, allgemein als wertvoll anerkanntes Werk ist, wie so manches wissenschaftliche Werk, durch den Weltkrieg und die nachfolgende Inflation ins Stoden geraten. Und als nach seiner Wiederaufnahme die ersten drei Lieferungen des 6. Bandes, der die Toten der Jahre 1901 bis 1910 behandeln soll, endlich erscheinen konnten, ist in seinem Fortschreiten infolge des Todes von Krieger abermals eine Unterbrechung eingetreten. Im Auftrage der Badischen Historischen Kommission haben dann Geheimrat Dr. Ober und Oberarchivar

Professor Dr. Cartellieri die Leitung und Fortführung übernommen und die Vorarbeiten so weit gefördert, daß der Band, sofern von Regierung und Landtag die erforderlichen Mittel bewilligt werden, ohne weitere Störung zu Ende geführt werden kann. Fast das ganze Manuskript, das aus der Unterstützung durch bewährte, sachkundige Mitarbeiter aus verschiedenen Kreisen erwachsen ist, liegt dafür schon druckfertig vor. Zwei Lieferungen mit je 5 Druckbogen (Seit 4 und 5) werden in diesen Tagen ausgegeben. Von größeren und wichtigeren Beiträgen, die sie bringen, seien nur die über M. Ellstätter, Marbe, L. Leuz und R. Wehgoldt, über A. Joos, Eberichsberger, über Ad. Kaufmann und R. von Krafft-Ebing, über Kuroth, Schell und Schröder genannt.

Das Defizit der Heidelberger Festspiele. Die Stadtverwaltung Heidelberg beziffert in einer Mitteilung an die Presse die Höhe der Schulden der Festspiele aus den vier Spieljahren ohne Berücksichtigung der bisher von der Stadt gewährten Kredite (Stadtverwaltung 55 000 M., Städtische Sparkasse 40 000 Reichsmark, auf rund 170 000 M.). Die Stadt werde pro Festspieljahr einen Zuschuß von 60—75 000 M. einschließlich aller bisherigen Leistungen zu zahlen haben, doch werde der Gesamtbetrag der Verpflichtungen in gemeinsamer Aktion von Stadtverwaltung, Festspielverein und Privaten getilgt. Durch freiwillige Zeichnung von Anteilnehmern zu je 1000 M. sind bereits 48 000 M. zur finanziellen Unterstützung der Festspiele aus Privatkreisen zur Verfügung gestellt worden. Die Festspiele würden auf jeden Fall weitergeführt werden.

Eine Max-Räger-Gesamtausstellung in der Mannheimer Kunsthalle. Der vor allem als Keramiker und Architekt bekannt gewordene Max Räger, Professor an der Staatlichen Kunstschule, Karlsruhe, feierte am 30. September seinen 63jährigen Geburtstag. Zu seinen Ehren wird die Mannheimer Städtische Kunsthalle vom 15. Dezember bis 2. Februar das gesammelte Werk des Künstlers ausbreiten: also seine Arbeiten als Keramiker, Bildhauer und Maler, Baumeister und Gartenarchitekt, sowie endlich seine Lehrtätigkeit. Die Ausstellung wird, indem sie die Entwicklung des Künstlers schildert, zugleich ein gutes Stück Formengeschichte der letzten 40 Jahre illustrieren.

Für das Mannheimer Nationaltheater. Die gesamte Bevölkerung Mannheims wird von den Mitgliedern des Nationaltheaters für den kommenden Sonntag in den Rabelungenjaal eingeladen. Hierbei soll eine Kundgebung für die Erhaltung der Bühne, die im 150. Jahr ihres Bestehens durch die Unkunst der Zeit aufs schwerste bedroht ist, veranstaltet werden. In dieser Kundgebung soll die gesamte Artlage der deutschen Bühnen zum Ausdruck kommen.